

Stephan Weil
Niedersächsischer Ministerpräsident

**Regierungserklärung des
Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil
vor dem Niedersächsischen Landtag
am 30. November 2020
Anstrengungen und Perspektive
– Niedersachsen nach neun Monaten Corona**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Anrede,

das ist nun die dritte Sondersitzung des Niedersächsischen Landtages innerhalb eines Jahres, Sie hören die achte Regierungserklärung von mir und alles kreist wie immer um ein Thema: Corona.

Seit einem dreiviertel Jahr ist dieses Virus bei uns in Niedersachsen aktiv. Es dominiert unverändert das gesellschaftliche, das wirtschaftliche und auch das politische Leben. In der Hoffnung, dass dies die letzte Regierungserklärung in diesem Jahr zu diesem Thema ist, möchte ich auf drei Fragen eingehen:

- Wo stehen wir?
- Wie geht es weiter?
- Wie sind die Aussichten?

Beginnen wir mit der Bestandsaufnahme: Vor etwa einem Monat habe ich Ihnen die Beschlüsse zu weiteren Einschränkungen im Kampf gegen das Virus erläutert, den sogenannten Lock-down light.

Wir haben damit zwei Ziele verfolgt. Zum einen ging es darum, einen steilen, besorgniserregenden Anstieg der Infektionen bei uns im Land und in ganz Deutschland zu stoppen. Dieses Ziel ist mit einer großen gemeinsamen Anstrengung erreicht worden. Seit etwa vier Wochen sind die Infektionszahlen stabil und inzwischen auch leicht rückläufig. Diesen Erfolg sollten wir nicht kleinreden und allen Bürgerinnen und Bürgern sehr herzlich danken, die auf die eine oder andere Weise dazu beigetragen haben!

Im Ländervergleich ist Niedersachsen dabei nach wie vor in der Spitzengruppe, wir verzeichnen deutlich weniger Infektionen als die meisten anderen Länder. Das ist für uns Ansporn, in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen.

Sie erinnern sich vielleicht, dass Sozialministerin Dr. Carola Reimann im letzten Plenum eine Prognose dargestellt hat, wie sich die damalige Dynamik der Infektionen auf das Gesundheitswesen auswirken könnte. Weihnachten, so die Kollegin damals, würde eine dramatische Überlastung der niedersächsischen Krankenhäuser drohen. Heute können wir erleichtert feststellen: Diese Sorge besteht zumindest derzeit nicht mehr.

Ich möchte allen Beteiligten in den Krankenhäusern für ihre aufopferungsvolle Arbeit herzlich danken, denn dorthin gelangen im Moment immer noch mehr Covid-Patienten. Diesen Dank möchte ich mit einer deut-

lichen Kritik an zwei Berliner Entscheidungen verbinden: Die neuen Erstattungsregelungen für coronabedingte Ausfälle in den Krankenhäusern sind unzureichend und mit einem extremen bürokratischen Aufwand verbunden, darin sind sich alle 16 Länder einig. Sie gefährden die Krankenhäuser in ihrem Kern. Das kann nicht das letzte Wort gewesen sein!

Und ich füge ein weiteres hinzu: Die letzten Monate haben auch bewiesen, wie sehr wir starke und leistungsfähige gesetzliche Krankenkassen brauchen. Das Vermögen dieser Kassen, wie zum Beispiel der AOK Niedersachsen, soll ihnen nun im Handstreich entzogen werden, um allgemeine Corona-Kosten zu decken. Die Folge werden zwangsläufig Beitragserhöhungen sein, einseitig für die gesetzlich Versicherten. Das ist falsch und muss verhindert werden! Was die Akteure im Gesundheitswesen jetzt brauchen, ist eine Unterstützung der gesamten Solidargemeinschaft und nicht noch weitere Probleme.

Anrede,

das zweite Ziel unserer Oktober-Beschlüsse war ein klarer Rückgang bei den Infektionszahlen. Um nicht darum herumzureden: Dieses Ziel haben wir leider noch längst nicht erreicht. Das gilt bundesweit, und das gilt auch bei uns in Niedersachsen. Zwar ist der Inzidenzwert inzwischen wieder auf 85,9 gesunken, aber die Entfernung zu dem Mindestziel 50 ist offensichtlich.

Wir haben deswegen unverändert dringenden Handlungsbedarf. Solange wir uns auf einem derart hohen Infektionsniveau bewegen, droht jederzeit eine neue Eskalation mit allen daraus resultierenden Folgen.

Wir dürfen uns an solche Infektionszahlen nicht gewöhnen, wir dürfen sie nicht akzeptieren!

Nein, wir werden im Dezember nicht wie erhofft Einschränkungen wieder zurücknehmen können, wir müssen sie im Gegenteil noch ausweiten. Diese Schlussfolgerung zieht niemand von uns gerne, aber sie ist dringend geboten, die Zahlen sprechen eine ganz klare Sprache.

Das war auch die gemeinsame, von niemandem bezweifelte Überzeugung der Bundesregierung und aller 16 Länder in unserer Konferenz am vergangenen Mittwoch. Wir müssen die direkten Kontakte der Menschen in unserem Land noch einmal reduzieren, wir dürfen die Begegnungsmöglichkeiten nicht ausweiten – darum muss es in den nächsten Wochen noch einmal gehen.

Das ist eine schlechte Nachricht für alle diejenigen, die ihre Aktivitäten seit Anfang November einstellen oder zumindest stark einschränken mussten. Und es ist besonders bitter für alle diejenigen, deren wirtschaftliche Existenzgrundlage von unseren Entscheidungen hart getroffen ist. Wir sind uns dieser Härte bewusst, wir nehmen Berichte über die sozialen und finanziellen Auswirkungen nicht auf die leichte Schulter. Dennoch bleibt es richtig: Bevor wir die Infektionszahlen nicht wieder deutlich abgesenkt haben, wären Lockerungen nicht vertretbar, das muss klar gesagt sein!

Das heißt aber umgekehrt auch, dass die Betroffenen nicht allein gelassen werden dürfen. Seit letztem Mittwoch kann die sogenannte Novemberhilfe beantragt werden. Abschlagszahlungen sorgen dafür, dass nun auch zügig Gelder fließen.

Letzten Freitag hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz dann auch mitgeteilt, dass die EU-Kommission grünes Licht für die sogenannten Dezenberhilfen gegeben hat, die bis zum 20. Dezember 2020 gelten.

Darüber hinaus wird die bisherige Überbrückungshilfe bis Ende Juni 2021 verlängert und noch einmal deutlich ausgeweitet. Aus Sicht unseres Landes kann ich sagen: Der Bundesregierung gebührt ein herzlicher Dank für diese Maßnahmen, die auch im internationalen Vergleich bemerkenswert und keineswegs selbstverständlich sind.

Anrede,

unter den gegebenen Bedingungen ist es aber leider sogar notwendig, weitere Einschränkungen vorzunehmen, das duldet in Anbetracht der Zahlen keinen Aufschub.

- Deswegen wird die Maskenpflicht erweitert. Neu für uns in Niedersachsen ist vor allem die Ausweitung der Maskenpflicht auch auf Betriebs- und Arbeitsstätten.
- Deswegen sollen im Einzelhandel die Kundenströme möglichst entzerrt und für mehr Abstand gesorgt werden.
- Deswegen werden die Kontaktbeschränkungen noch einmal verstärkt und die Größe privater Zusammenkünfte noch weiter reduziert.
- Deswegen wird es gesonderte Maßnahmen für besonders belastete Bereiche mit einem Inzidenzwert oberhalb von 200 geben.

- Und deswegen sind auch an den Schulen weitere Verschärfungen vorgesehen.

Anrede,

das Thema Schule steht natürlich im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Lassen Sie mich eines vorweg betonen: Ich bin beeindruckt davon, wie auch unter schwierigen Bedingungen die Arbeit in den Schulen und – das ist ausdrücklich hervorzuheben – in den Kindertagesstätten jetzt schon wieder etliche Monate lang erfolgreich bewältigt wird. Das ist in dieser Situation nicht einfach und nicht selbstverständlich. Und deswegen richte ich ein sehr herzliches Dankeschön an alle Beteiligten in den Schulen und Kindertagesstätten!

Wie sind nun die Erfahrungen seit Beginn des neuen Schuljahres bzw. des neuen Kitajahres? Nun, aus meiner Sicht sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache. Aktuell befinden sich mehr als 80 Prozent der Schulen in einem dauerhaften Präsenzunterricht. Die weit überwiegende Mehrheit der Schulen kann also tun, was für die Schülerinnen und Schüler am besten ist, nämlich Unterricht in der Schule erteilen. Der Anteil der Schulen mit dauerhaftem Präsenzunterricht nimmt derzeit übrigens auch kontinuierlich zu. Und in den Kitas sind die Zahlen noch einmal deutlich besser, aktuell sind nur 109 von 5.000 Einrichtungen von Einschränkungen betroffen.

Forderungen, die Schulen insgesamt in den Wechselunterricht zu versetzen, kann ich deswegen nichts abgewinnen. Die Erfahrung in Niedersachsen ist eine andere. Wenn die Hygieneregeln beachtet werden,

wenn die Maske getragen wird im Unterricht und außerhalb, wenn regelmäßig gelüftet wird, dann ist der Aufenthalt in Schulen sehr gut zu vertreten.

Im Ländervergleich, auch dies muss betont werden, ist Niedersachsen in dieser Hinsicht übrigens besonders restriktiv. Die Maskenpflicht im Unterricht ist bei uns schon Alltag. Und wir sind das einzige Land, dass bei einer Inzidenz von 100 und einem Infektionsfall in den weiterführenden Schulen automatisch den Übergang in den Wechselunterricht vorsieht.

Neu ist im Schulbereich deswegen auch nur, dass ab einer Inzidenz von 200 diese Pflicht auf alle Schulformen ausgeweitet wird und die Mund-Nasen-Bedeckung auch in der Grundschule im Unterricht zu tragen ist.

Gerade im Vergleich mit anderen Ländern können wir sagen: In Niedersachsen achten wir ganz besonders auf die Sicherheit in unseren Schulen!

Parallel dazu verstärken wir den Infektionsschutz für die Schulen noch einmal auf zweierlei Weise: Kultusminister Grant Hendrik Tonne wird den Schulen ein Budget in Höhe von 20 Euro je Schülerin und Schüler zur Verfügung stellen, damit die Schutzvorkehrungen in den Schulen noch einmal verbessert werden können. In Betracht kommt der Erwerb von FFP-2-Masken, das Anbringen von Plexiglasvorrichtungen oder die Installation von Luftfiltern in Räumen, die weniger gut gelüftet werden können.

Darüber hinaus werden mit einem Förderprogramm von 25 Millionen Euro mehrere tausend Assistenzkräfte die Schulen dabei unterstützen, den mit Corona verbundenen Mehraufwand im Alltag auch tatsächlich zu bewältigen. Das sind zwei starke zusätzliche Programme, die unsere Unterstützung für die Schulen zum Ausdruck bringen.

Parallel dazu hat Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann noch einmal zusätzliche Mittel für den Transport der Schülerinnen und Schüler im ÖPNV mobilisiert. Mit weiteren 30 Millionen Euro sollen zusätzliche Busfahrten möglich werden. Ich hoffe, dass dieses Angebot von den Nahverkehrsunternehmen vor Ort intensiv aufgegriffen wird. Minister Althusmann ist in permanenten Gesprächen, um dies auch tatsächlich vor Ort zu erreichen.

Auch die Entzerrung von Schülerverkehren durch eine Entzerrung des Unterrichtsbeginns muss weiter vorangetrieben werden. Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um überflüssige Kontakte bei den Schülerverkehren zu vermeiden!

Anrede,

das sind im Wesentlichen die Regelungen, die wir im Dezember bis zum Beginn der Festtage vorsehen.

Weihnachten und Silvester bedürfen aber noch einmal einer gesonderten Betrachtung. Einerseits handelt es sich um kulturell tief verankerte Feiertage, die für uns und unsere Familien zu den Höhepunkten des

Jahres gehören. Auch in angespannten Zeiten dürfen wir über das Anliegen, an diesen Feiertagen mit Familienangehörigen oder engen Freunden zusammen zu sein, nicht einfach hinweggehen.

Gleichzeitig sind mit solchen Treffen aber auch neue Risiken verbunden, das muss ich nicht näher ausführen. Deswegen kommt es entscheidend darauf an, eine kluge, ausgewogene Mischung von Möglichkeiten und Grenzen herzustellen.

Vor diesem Hintergrund wollen Bund und Länder vom 23. Dezember 2020 bis zum 1. Januar 2021 die Möglichkeit eröffnen, dass sich mehr Menschen aus dem engsten Freundes- und Familienkreis treffen können. Nicht fünf Personen, wie in den Wochen davor, sondern 10 Personen soll die Obergrenze sein. Kinder bis 14 Jahren sind davon ausgenommen.

Das ist die relativ gute Nachricht. Sie ändert allerdings nichts daran, dass es sich um Grenzen handelt, die lieb gewonnene Gewohnheiten im Jahr nicht mehr möglich machen. Ich denke dabei an große Familien, die gerne alle zusammenkommen würden, und ich denke an die großen Silvesterpartys, die normalerweise Teil unseres Biorhythmus sind, das ist jedenfalls bei mir der Fall.

Im Corona-Winter 2020/2021 ist das aber nun einmal leider nicht möglich, das Risiko ist viel zu hoch. Wir haben doch immer wieder die Erfahrung gemacht, dass viele Menschen, die lange Zeit und dann auch mit Alkohol zusammen feiern, die beste Grundlage für große Infektionsausbrüche sind.

Deswegen bitte ich die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen eindringlich, ihre persönlichen Planungen im Advent, zu Weihnachten und zu Silvester von Anfang an auf das zwingend notwendige Maß zu reduzieren. Niemand von uns tut das gerne, aber niemand von uns hat auch etwas davon, wenn im Januar die Infektionslage wieder deutlich verschärft ist. Im Gegenteil, je niedriger die Zahlen am Jahresanfang sind, desto leichter wird uns das Jahr 2021 insgesamt fallen.

Und noch eine Bitte: Es geht nicht darum, möglichst kreativ Schlupflöcher zu finden. Es geht um die Einsicht, dass wir uns in diesem Winter einschränken müssen, um Corona dann hoffentlich im nächsten Jahr tatsächlich endlich hinter uns lassen zu können. Meine herzliche Bitte an alle Bürgerinnen und Bürger ist: Helfen Sie dabei mit, das ist in unser aller und in Ihrem ganz persönlichen Interesse!

Anrede,

im Licht der Entwicklung bis dahin und der dann gemachten Erfahrungen werden Bund und Länder am Jahresanfang dann den weiteren Kurs festlegen. Ich weiß, dass sich viele Betroffene dafür heute schon Planungssicherheit wünschen. Aber leider wissen wir nicht, welche Grundlage wir dann haben werden. Haben wir einen stabilen Rückgang der Infektionen und Spielraum für Lockerungen? Oder gehen die Zahlen nach den Festtagen wieder hoch? Oder ist die Entwicklung in den einzelnen Ländern bis dahin ganz unterschiedlich? Diese Fragen kann heute noch niemand beantworten und folglich auch nicht das dann richtige Vorgehen.

Anrede,

damit bin ich dann beim Ausblick auf das nächste Jahr. Um das Ergebnis einmal vorweg zu nehmen: Wir haben Grund zur Zuversicht, dass 2021 wesentlich besser wird als das Jahr 2020.

Die Instrumente dafür werden sich aller Voraussicht nach weiter spürbar verbessern. Das ist nicht daher gesagt, dafür gibt es sehr konkrete Belege.

Schnelltests sind inzwischen zugelassen und auch auf dem freien Markt erhältlich. Das ist vor allem eine ganz wichtige Nachricht für die Risikogruppen in den Krankenhäusern und in den Alten- und Pflegeheimen. Es bleibt allerdings zunächst noch bei einem noch vergleichsweise aufwendigen Verfahren durch Abstriche. Erfreulicherweise ist jedoch zumindest der Arztvorbehalt für solche Tests aufgehoben worden.

In vielen Krankenhäusern und Heimen unseres Landes werden diese Tests jetzt schon eingesetzt und so wird es in den nächsten Wochen weitergehen. Damit erhöht sich die Sicherheit in diesen Einrichtungen spürbar und damit sind auch Besuche in Zukunft spürbar leichter.

Die Medikamentenentwicklung macht ebenfalls zusehends Fortschritte und hilft, die schweren Krankheitsverläufe abzumildern.

Und schließlich machen vor allem die Nachrichten aus der Impfstoffforschung Mut. Noch in diesem Jahr, zumindest aber Anfang des nächsten

Jahres werden wir auch in Niedersachsen mit den ersten Impfungen beginnen. Erforderlich dafür ist überall in unserem Land eine aufwendige Infrastruktur, an der intensiv gearbeitet wird.

Bis zum 15. Dezember 2020 sollen die Impfstofflogistik, die Impfzentren und das Impfterminmanagement einsatzbereit sein. Dafür gibt es eine ganz enge Zusammenarbeit zwischen dem Land, den Kommunen, den Hilfsorganisationen, der Kassenärztlichen Vereinigung und vielen weiteren Beteiligten.

Die Corona-Impfungen versprechen eine gigantische Herausforderung zu werden, sie versprechen gleichzeitig aber auch einen großen Fortschritt im Kampf gegen das Virus. Für die Landesregierung hat deswegen die möglichst zügige Durchführung von Massenimpfungen hohe Priorität.

Natürlich wird das alles auch seine Zeit brauchen, aber wir haben jetzt ganz andere Perspektiven als in den vergangenen Monaten!

Anrede,

ich möchte diese ermutigenden Perspektiven am Schluss meines Beitrages noch einmal ausdrücklich betonen. Die Stimmung in der Bevölkerung, aber auch bei uns hier im Landtag und bei mir ganz persönlich war – gelinde gesagt – schon einmal besser. Das ist auch sehr verständlich nach diesen langen Monaten der Einschränkungen, der Unsicherheit und der Sorge. Und dass aktuell trotz aller Anstrengungen die Infektionszahlen noch nicht schnell sinken wollen, ist frustrierend und für viele auch zermürend.

Zur Wahrheit gehört auch dazu, dass wir bis zum Ende des Winters noch eine anstrengende Zeit vor uns haben. Wer etwas anders sagt, streut den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen. Wir müssen jetzt die Infektionszahlen herunterbringen und wir dürfen sie danach nicht wieder steigen lassen, daran führt kein Weg herum.

Und dennoch: Zug um Zug, Schritt für Schritt, Stück für Stück werden wir im Jahr 2020 das Virus zurückdrängen und unser altes Leben zurückgewinnen können – dafür gibt es sichere Hinweise.

Und noch etwas: Sie können jeden Maßstab wählen, im internationalen Vergleich schneidet Deutschland bei der Bewältigung der Pandemie sehr gut ab. Die Zahl der Sterbefälle ist hoch, aber sie steht in keinem Vergleich mit den in anderen Ländern. Die wirtschaftlichen Schäden sind schlimm, aber deutlich geringer als in anderen Ländern. Die Einschränkungen belasten uns alle, aber sie sind wesentlich milder als in vielen anderen Ländern.

Es besteht kein Grund, in unseren Anstrengungen nachzulassen. Es besteht aber auch erst Recht kein Grund, den Mut zu verlieren. Im Gegenteil: Wenn wir uns anstrengen – und je mehr wir uns anstrengen, desto besser wird für uns alle das nächste Jahr werden.

Das ist meine feste Überzeugung. Legen wir jetzt das Fundament für ein gutes nächstes Jahr! Lassen Sie uns für dieses Ziel alle gemeinsam hart arbeiten!